Schutz der Artenvielfalt: Ein ungleicher Kampf

Von HEIKE HOLDINGHAUSEN

Es ist eine Freude, im Garten hinter dem Haus zu sitzen, auch im Herbst. Gartenrotschwänzchen und Stare sind zwar schon weg, Meisen und Amseln aber sind noch da, Mittelspechte und Krähen sowieso. Laut Daten der Deutschen Avifaunistischen Kommission hat die Zahl der Brutpaare von Nebelkrähen in Deutschland zwischen 2017 und 2022 von 61000 auf 85000 Tiere zugenommen.[1] Krähen sind anpassungsfähig, als Allesfresser vertragen sie vielfältige Nahrung, sie sind nicht anspruchsvoll, was ihre Nistplätze angeht, sie können ihre Nester auf Masten, Bäumen und Gebäuden bauen.

Arten wie sie, die nicht auf bestimmte Orte oder Gegebenheiten angewiesen sind, um Junge aufzuziehen, die keine speziellen Pflanzen oder Tiere benötigen, um sich zu ernähren, denen es keinen Stress bereitet, Menschen zu begegnen, Lärm oder künstlichem Licht ausgesetzt zu sein, die sich fortbewegen und vergifteten Lebensräumen ausweichen können, um die müssen wir uns kaum Sorgen machen. Um die anderen schon. Pflanzen, die auf karge Böden spezialisiert sind, auf denen sie wenig Konkurrenz von anderen Pflanzen haben, der Gemeine Natternkopf etwa oder die Kartäusernelke geraten auf gedüngten Böden ins Hintertreffen. Sie werden dort von Pflanzen verdrängt, die Nährstoffe wie Stickstoff und Phosphor besser verarbeiten und dadurch schneller wachsen können. Insekten, wie zahlreiche Wildbienen oder Falter, die sich vom Nektar ganz bestimmter Blüten ernähren, die zur rechten Zeit im Frühjahr und Frühsommer blühen, verschwinden, wenn sie andere als diese Blüten vorfinden.

Ihren Verlust können wir, wenn wir wachsam genug sind, sinnlich erfahren. Wir hören den Ruf von Haubenlerche und Gelbspötter nicht mehr, wenn wir durch Felder und Gebüsch spazieren, wir sehen den Wiesensalbei nicht mehr auf Wiesen leuchten. Das Sterben der Arten, den Verlust von biologischer Vielfalt auf diese sinnliche Weise zu beschreiben, birgt die Gefahr der Verniedlichung.

Zwischen Drohnenkriegen und Tankerbombardements, erstarkenden Faschisten, zerfallenden Großmächten und dystopischen KI-Szenarien wirken Nachrichten von der Haubenlerche nicht besonders überwältigend. Und die Frage, die einmal ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des Berliner Naturkundemuseums in einer Diskussion stellte: »Braucht die Menschheit wirklich den Afrikanischen Waldelefanten, oder ist es nicht egal, ob es ihn gibt?«, glauben immer noch viele, einfach beantworten zu können.

Aber so ist es nicht. Biodiversität oder Biologische Vielfalt umfasst die drei Dimensionen Vielfalt der Arten, genetische Vielfalt innerhalb der Arten und die Vielfalt der Lebensräume. Zusammen garantieren sie die Grundlage allen Lebens. Der Leitsatz dazu lautet, dass die Lösung der

HEIKE HOLDINGHAUSEN, *geb. 1972 in Frankfurt a. M., Studium der Politik- und Kommunikationswissenschaften, Redakteurin bei der »tageszeitung«.*

1 Avifauna bezeichnet die Gesamtheit aller Vogelarten einer Region.

Klimakrise darüber entscheiden wird, wie wir leben, die Lösung der Biodiversitätskrise aber, ob wir überleben.

Fruchtbare Böden, trinkbares Wasser und ein stabiler Kohlenstoffkreislauf hängen an Biodiversität – was eine vage Antwort gibt auf die Frage, wozu wir den Afrikanischen Waldelefanten in Afrika,

»Die Lösung der Klimakrise wird darüber entscheiden, wie wir leben, die Lösung der Biodiversitätskrise, ob wir überleben.«

den Seggenrohrsänger oder das Bodensee-Vergissmeinnicht hierzulande brauchen und warum es nicht egal ist, dass diese Arten von Vögeln oder krautigen Pflanzen in den vergangenen zehn Jahren aus Deutschland verschwunden sind oder zu verschwinden drohen.

Die schwindende Vielfalt, die wir wahrnehmen können, geht einher mit einer schwindenden Vielfalt, die unseren Augen, Ohren und Nasen verborgen bleibt: Die in den Meeren, vor allem aber die in den Böden. Die Vielfalt in unseren Supermärkten hat die Bewohner:innen der Wohlstandsgesellschaften von dem Bewusstsein entfremdet, dass Ernährung eine gesunde Natur braucht. Fruchtbare Böden und sauberes Wasser beruhen auf vielfach miteinander verflochtenen und voneinander abhängigen Lebensgemeinschaften von Mikroorganismen, von Pilzen und Springschwänzen, Bakterien, Viren, Würmern. Die »grüne Revolution« mit ihren Züchtungserfolgen, Kunstdüngern, Pflanzenschutzmitteln und Maschinen hat in den vergangenen 80 Jahren beeindruckende Ertragssteigerungen der Landwirtschaft hervorgebracht. Fruchtbare Böden und sauberes Wasser aber sind ihre Grundlage geblieben. Der Verlust der Biologischen Vielfalt gefährdet diese Grundlage und damit unsere Ernährungssicherheit.

CBD: Die Vielfalt schützen

Neu ist diese Erkenntnis nicht, und der Wille, sich dieser weiteren Krise des menschlichen Umgangs mit der Natur entgegenzustellen, auch nicht. Wenn sich vom 19. bis 30. Oktober dieses Jahres die Vertragsstaaten über die Übereinkunft der Biologischen Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) zu ihrer »Conference of the Parties« (COP) treffen, tun sie das zum 17. Mal und das zweite Mal nach ihrem umjubelten Treffen in Montreal im Dezember 2022. Zu diesem Zeitpunkt dauerte Russlands Vollinvasion der Ukraine bereits ein Dreivierteljahr an, China war hart getroffen von der Covidpandemie und musste die Vertragsstaatenkonferenz, die eigentlich in Kunming stattfinden sollte, absagen. Sie zog stattdessen zum Sitz der CBD, ins kanadische Montreal. Entsprechend unsicher waren die Delegationen, was ob dieser diplomatisch angespannten Lage umweltpolitisch überhaupt möglich wäre.

Am Ende war die Erleichterung groß: Die Diplomaten einigten sich auf ein neues Rahmenwerk mit insgesamt 23 Zielen. Ihr Programm, das nicht nur die Regierungen der Mitgliedstaaten anspricht, sondern ihre gesamten Gesellschaften, ist durchaus beeindruckend. Gegliedert in drei Kapitel bieten die Ziele einen umfassenden Ansatz, um bis zum Jahr 2030 die dramatischen Verluste der Biodiversität zu verringern oder gar zu stoppen. Um nur einige zu nennen: Wertvolle Naturgebiete sollen erhalten, mindestens 30 Prozent aller geschädigten Ökosysteme (wie Wälder oder Moore) wiederhergestellt und mindestens 30 Prozent der weltweiten Land-, Süßwasser- und Meeresflächen effektiv geschützt werden. Invasive Arten, Umweltverschmutzung und Nährstoffüberschüsse sollen reduziert werden. Die Ernährungssicherheit lokaler Gemeinschaften soll erhalten und die Nachhaltigkeit in Land-, Forst- und Fischerei-

wirtschaft gesteigert werden. Schließlich soll, drittens, die Biodiversität in alle Regierungsentscheidungen und die gesamte Wirtschaftspolitik integriert und sollen große Unternehmen und Finanzinstitute verpflichtet werden, ihre Risiken für und negativen Einflüsse auf die Biologische Vielfalt offenzulegen. Risiken in der Anwendung von Biotechnologie sollen kontrolliert und reguliert und umweltschädliche Subventionen abgebaut werden.

Die Aufgabe wird nicht kleiner, sondern größer

Bis 2030 sollen die Mitgliedstaaten diese Ziele erreicht haben, wir befinden uns also genau auf halber Strecke. Langsam ist absehbar, welche dieser Ziele perspektivisch umsetzbar sind und welche illusorisch. Worum geht es? Laut der Roten Liste bedrohter Arten der Weltnaturschutzunion (IUCN) sind weltweit 44 Prozent der Riffkorallen vom Aussterben bedroht, 41 Prozent der Amphibien- und 34 Prozent der Nadelbaumarten. Die IUCN fordert, ihre Daten über den Zustand der Arten mit äußerster Sorgfalt zu interpretieren, da viele Veränderungen sich nur daraus ergäben, dass sich das Wissen über Populationen verbessert habe. Ablesen lässt sich aus den Daten aber eine Tendenz: Es geht, von einigen erfreulichen Ausnahmen abgesehen, mit der Artenvielfalt relativ steil bergab.

Die Aufgabe wird also nicht kleiner, sondern größer. Nun ist nicht nichts passiert seit 2022. Von 195 Mitgliedstaaten und der Europäischen Union hatten Mitte September – wie gefordert – 141 ihre Berichte an das CBD-Sekretariat geschickt, fast 90 Prozent haben dargelegt, wie sie die internationalen Ziele in nationale übersetzen wollen. So legte die EU im Februar 2026 ihren gemeinsamen Sachstandsbericht vor und führte darin etwa das Nature Restoration Law auf, das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur. Es verpflichtet die Mitgliedstaaten unter anderem dazu, bis 2030 Wiederherstellungsmaßnahmen auf mindestens 20 Prozent der Land- und Meeresflächen der EU einzuleiten; für geschädigte Lebensraumtypen gelten darüber hinaus spezifische Wiederherstellungsziele, unter anderem für mindestens 30 Prozent der Flächen in schlechtem Zustand.

Die Bundesregierung hat im Frühjahr ihren Sachstandsbericht, den »7th National Report Germany«, vorgelegt. Zwar verfolgt der sozialdemokratische Umweltminister Carsten Schneider Umweltgesetze mit weniger Verve als seine Vorgängerin von den Grünen, aber immerhin führt er deren milliardenschweres Akti-

»Von dem Ziel, bis 2030 jährlich umweltschädliche Subventionen in Höhe von 500 Mrd. Dollar abzubauen, ist die Welt weit entfernt.«

onsprogramm »Natürlicher Klimaschutz« weiter, dass Klima- und Artenschutz verbinden soll. Ein Gesetz zur Stärkung der natürlichen Infrastruktur – etwa Auen oder Flüsse – wurde in Angriff genommen, steht aber unter heftigem Beschuss der Agrar- und Waldbesitzerlobby. Ebenfalls blockiert wird der Nationale Wiederherstellungsplan, mit dem Deutschland das Nature Restoration Law der EU umsetzen will und den es bis zum 1. September bei der EU-Kommission hätte einreichen müssen. Vor allem die unionsgeführten Bundesländer sowie der Bundesagrarminister wehren sich mit Händen und Füßen dagegen. Bislang ist es Schneider nicht gelungen, den Plan im Kabinett zu verabschieden. Denn der Umweltminister kämpft, wie auch seine Ressortkollegen rund um den Globus, einen ungleichen Kampf: Wirksame Entscheidungen werden nicht von ihnen getroffen, sondern von den Finanz- und Agrarministern. Diese sehen sich dem Einfluss von milliardenschweren Investoren, Banken und

Börsen gegenüber. Von dem Ziel, bis 2030 jährlich umweltschädliche Subventionen in Höhe von 500 Mrd. Dollar abzubauen, ist die Welt weit entfernt, sie haben sogar wieder zugenommen. Und im Cali-Fonds, der auf der letzten CBD im kolumbianischen Cali beschlossen und mit jährlich einer Mrd. Dollar ausgestattet werden sollte, befinden sich aktuell ganze 6000 Dollar.

Auch die Agrarlobby wehrt sich gegen Umweltschutz. Die EU prüft gerade, ob sich die Wasserrahmenrichtlinie, die Vogelschutz- und die für Schutzgebiete wichtige FFH-Richtlinie abspecken lassen. Der Druck von Bauernverbänden und Co. auf die Politik ist so wirksam, dass er etwa

»Umweltpolitiker, Umwelt- und Indigenenverbände sowie ökologisch wirtschaftende Landwirte haben ihre Hausaufgaben gemacht – der Rest will nicht.«

den Grünen Cem Özdemir in seinem Amt als Bundeslandwirtschaftsminister mühelos vom vegetarischen Öko zum Bauernversteher presste, der Vorschriften für Pestizide und Düngemittel abschwächte und die Abschaffung des Agrardiesels hinauszögerte. Da tritt sein christsozialer Nachfolger lieber gleich ganz offen selbst als Lobbyist der Agrarindustrie auf.

Ein wirksamer Schutz der Natur benötigt Flächen, auf denen sie sich entfalten kann. Das führt unweigerlich zu schwer lösbaren Zielkonflikten, denn Landfläche lässt sich nicht vermehren. Werden etwa fruchtbare Moorböden, auf denen Landwirte bis jetzt Kartoffeln oder Mais anbauen konnten, wieder vernässt – zum Schutz von Klima sowie von Tier- und Pflanzenarten –, dann ist dort zwar noch Landwirtschaft möglich, aber ob sich mit sogenannten Paludikulturen, etwa dem Anbau von Schilf als Bauroh-

stoff, genauso viel Geld verdienen lässt wie mit Lebensmitteln auf dem Weltagrarmarkt, das ist offen. Der Schutz der Biodiversität lässt sich noch weniger in Wachstumsfantasien des globalen Kapitalismus integrieren als der Klimaschutz, der ja mit dem Ausbau erneuerbarer Energien oder grüner Stahlerzeugung immerhin eigene Geschäftsmodelle besitzt.

Ergo lässt sich vier Jahre nach Montreal und vier Jahre vor 2030 zusammenfassen: Umweltpolitiker, Umwelt- und Indigenenverbände sowie ökologisch wirtschaftende Landwirte haben ihre Hausaufgaben gemacht – der Rest will nicht. In Zeiten, in denen die Rechtsradikalen in Sachsen-Anhalt auch mit dem Satz »Hallo schönes Wetter, endlich ist er da, der Klimawandel« Wahlen gewinnen konnten, ist das wenig verblüffend. Der »Schutz der Biodiversität« ist nur deswegen nicht zum Feindbild rechter Propaganda geworden, weil es ihr an der dafür nötigen Aufmerksamkeit mangelt.

Und nun? Politisch gilt es, die bestehenden Richtlinien, Verordnungen und Gesetze zu verteidigen, um die Rückschritte zu verhindern oder wenigstens kleinzuhalten, die sich angesichts der sich bildenden rechten Mehrheiten in Europa abzeichnen. Das ist die Pflicht. Die Kür wäre es, den gesetzlichen Rahmen – wo immer möglich – so weit auszuschöpfen, dass wirksamer Naturschutz möglich ist. Man könnte zum Beispiel auf kommunaler Ebene dafür kämpfen, dass eine Kommune auf Einnahmen verzichtet, indem sie Gemeindeland auf trockenem Moorboden nicht an einen Investor verkauft, der dort einen Rastplatz mit Tankstelle bauen will, sondern das Land behält, um es irgendwann in ein Wiedervernässungsprojekt einzuspeisen. Nicht zu vergessen der Blick auf den eigenen Teller (weniger Fleisch, um Flächen von der Tierfutterproduktion zu entlasten) und in den eigenen Garten. Keine Spritzmittel, heimische Gewächse, im Herbst einen Laubhaufen liegen lassen – und sich an der Anmut der Krähen erfreuen, wenigstens das. ⬡